

Haushaltsrede des Vorsitzenden der FDP-Ratsfraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Bevor ich es hier vergesse, möchte ich mich zunächst bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltes und die dafür geleistete Arbeit bedanken.

Auch wir werden dem Haushalt zustimmen, allerdings nicht der Finanzplanung. Das ist ja lang und breit schon in den öffentlichen Medien diskutiert worden.

Bevor ich aber in die Sache selbst einsteige, möchte ich kurz zu Herrn Morisse Stellung nehmen. An zwei Punkten möchte ich ihre Aufmerksamkeit erregen. Herr Morisse hat eine doppelte Verneinung gebraucht - wir wollen alles vermeiden, damit die Realsteuern nicht erhöht werden – dem werden wir in der Form sicherlich nicht so zustimmen, und das war sicherlich auch nicht so gemeint. Im übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, wenn sie sich die alten Protokolle der Ratssitzungen durchlesen, wir waren die einzigen, die bei Einführung des HSK dagegen gestimmt haben, nur um dies auch noch einmal klar zu stellen. Wenn nun der Haushalt für das laufende Jahr 2005 vom Rat der Stadt Lüdenscheid mit, zugegebenermaßen breiter Mehrheit, verabschiedet wird bedeutet dies nicht, das die FDP dies mit frohem Herzen und mit Blick auf eine sichere Zukunft macht. Die Daten des Haushaltes lassen erkenne, das der nach dem Haushaltssicherungskonzept geforderte Ausgleich des Haushaltes mehr als unsicher ist. Ich möchte an dieser Stelle darauf verweisen, dass sowohl der Bürgermeister als auch der Kämmerer der Stadt Lüdenscheid mir ihrer Unterschrift unter den Haushaltsentwurf folgendes dem Rat zur Beschlussfassung vorschlagen: „Der Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten wird seit Mitte 2003 restriktiver als bisher gehandhabt. Hauptzahl der Etatberatungen muss es danach sein den strukturellen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt bis zum Haushaltsjahr 2006 zu erreichen, da sonst das HSK nicht genehmigungsfähig wäre und die Stadt Lüdenscheid damit nur noch nach § 81 GO NW handeln dürfte. Neue freiwillige Aufgaben wären damit nicht mehr zulässig, alte wären weiter zu reduzieren.“ Dieser strukturelle Ausgleich und ich betone das deutlich, weil es auch in dem Zitat von Bedeutung ist nach meiner Auffassung, dieser strukturelle Ausgleich für 2006 ist in der Finanzplanung des Haushaltsentwurfs 2005 nur mit großer Mühe und mit positiven Annahmen bei Steuern und Zuweisungen zu gelingen. Und weiter: „ Um einen strukturellen Ausgleich des Haushalts 2006 darstellen zu können, mussten die Hebesätze der Realsteuern für die Grundsteuern A auf 250, für die Grundsteuer B auf 434 und für die Gewerbesteuer auf 456 % angehoben werden.“

Meine Damen und Herren, mit dem Beschluss über den diesjährigen Haushalt beschließen wir auch darüber. Die Konsequenzen, nämlich Einsparungen, die insbesondere der Kämmerer immer wieder einforderte, sind seitens der Verwaltung für den Haushalt 2004 mit vielen Bemühungen umgesetzt worden. Ich verweise in so weit auf die Jahresrechnung 2004. Aber was nutzen die besten Sparbemühungen, wenn dann die Politik genau diese Einsparungen zum Anlass nimmt, neue Ausgaben zu tätigen. Und dies ist sicherlich auch eine Adresse an unsere Fraktion. Wir werden noch konsequenter hier die Einsparungen auch für den Haushalt 2005 und insbesondere auch für 2006 uns aufs Tapet schreiben. Hinzu kommt, dass eine Ausweitung der Netto der Kreditaufnahme um 10 Mio. Euro sicherlich nicht die Motivation fördert weiter zu sparen.

Meine Damen und Herren, halten sie ein solches Vorgehen für Vorbildlich? in der Finanzplanung für die kommenden Jahre hat uns der Kämmerer bereits jetzt den Haushaltsausgleich vorgerechnet. Allerdings kann diesen Berechnungen der Haushaltsausgleich nur erfolgen, wenn auch die Realsteuern erhöht werden. Diese Berechnungen sind aber anscheinend nicht das Papier wert auf dem sie stehen, denn sie entfalten ja nach Angaben des Kämmerers keine bindende Wirkung. Gleichwohl werten wir als FDP-Fraktion eine Beschlussfassung über diese Finanzplanung als ein politisches Signal. Ein politisches Signal dahin, dass im kommenden Haushalt ein Ausgleich des

Haushaltes auch mit Steuererhöhungen möglich sein soll. Wir als FDP, und ich insbesondere als Bürgermeisterkandidat, haben im Kommunalwahlkampf 2004 ausdrücklich für uns festgelegt, dass Steuererhöhungen mit uns nicht zu machen sind. Daran werden wir uns halten. Ich kündige daher für die FDP-Fraktion schon jetzt an, dass wir sowohl Steuererhöhungen als auch einem Haushalt 2006, der auf Steuererhöhungen basiert, nicht zustimmen werden. Im übrigen beantrage ich namens der FDP-Fraktion schon jetzt, dass der Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 spätestens in der letzten Ratssitzung des Jahres 22005 eingebracht wird. Eine solche Handhabung wie in diesem Jahr kann und darf nicht Usus werden. Eine ordnungsgemäße und ordentliche Beratung des Haushaltes war aufgrund des knappen Zeitrahmens nur eingeschränkt möglich. Der außerordentlich wichtige Haushalt 2006, bei dem es ja darum geht ob wir den Haushaltsausgleich schaffen oder nicht, muss eingehend und unter Berücksichtigung aller Einsparmöglichkeiten beraten werden. Ich bitte daher, diesen Antrag als geschäftsmäßigen anzusehen und jetzt gleich darüber abstimmen zu lassen. Im übrigen beantrage ich auch getrennte Abstimmung von Haushalts- und Stellenplan sowie der Finanzplanung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.